

Diskussion

Prädikat: Streitbar.

Mit seiner Studie über die Geschichte der Demokratie hat sich der Italiener Luciano Canfora zwischen alle Stühle gesetzt

Ulrich Peters

Ein „kommunistisches Pamphlet“ sei es, meinte der Bielefelder Historiker Hans-Ulrich Wehler, eine „extrem dogmatische Darstellung“, ja „eine so dumme, daß sie an keiner Stelle den Ansprüchen der westlichen Geschichtswissenschaft genügen kann“¹. Luciano Canforas Buch „Eine kurze Geschichte der Demokratie“² hat, zeitgleich mit seiner Ablehnung durch den C. H. Beck Verlag im November 2005, überaus heftige Kontroversen ausgelöst. Canfora, ein international renommierter Altphilologe und Professor an der Universität Bari, sei ein „Salonkommunist“³ und „auf dem linken Auge blind“⁴, da er, wie seine Kritiker unisono behaupteten, auf unerträgliche Weise den Stalinismus beschönige und zudem das revanchistische Klima der jungen Bundesrepublik zu einseitig in den Vordergrund stelle.

Die Heftigkeit der Reaktionen beruhte auf zwei Gründen. Der erste ist inhaltlicher Natur, denn die Darstellungen des Autors kollidieren wiederholt mit zentralen Glaubenssätzen des hiesigen Geisteslebens. Dies betrifft v. a. die These von der stabilen und historisch überlegenen Demokratie des Westens, der sich Canfora verweigert, sowie dessen Haltung zum Kapitalismus und seiner herrschenden Klasse, der Großbourgeoisie. Zwar darf man zu beiden Kritisches anmerken oder irgendwelche „Auswüchse“ thematisieren, prinzipiell in Frage stellen sollte man sie jedoch nicht.

Das Gegeifere um den Stalinismus ist purer Vorwand. Zwar wirft man Canfora vor, er habe dessen Opfer nicht gezählt und, wie besonders findige Rezensenten herausfanden, die Gulags nicht erwähnt, aber daß die 50 Millionen Toten des von Hitler entfesselten Weltkriegs und die KZ der Nazis in dem Buch ebensowenig vorkommen, hat – welch ein Zufall – niemand bemerkt und etwa

1 Zitiert nach: Johann Schloemann: Geschichte bauen, in: Süddeutsche Zeitung, 17.11.2005, und: Wieland Freund: „Dogmatisch und dumm“, in: Die Welt, 17.11.2005.

2 Luciano Canfora: Eine kurze Geschichte der Demokratie. Von Athen bis zur Europäischen Union, PapyRossa Verlag Köln 2006, 404 Seiten. Die Seitenangaben im Text in: ebenda.

3 Schloemann, Geschichte bauen.

4 Joachim Güntner: Eine Klage über den Sieg der Freiheit, in: Neue Zürcher Zeitung, 21.11.2005.

behauptet, Canfora sei auf dem rechten Auge blind.⁵ Der Vorwurf, der Autor habe die Verbrechen während der Regentschaft Stalins verharmlost, läßt eher auf eine ausgeprägte Leseschwäche seiner Gegner schließen. Und wenn Detlef Felken, der Cheflektor des Beck-Verlags, schreibt, Canfora rechne dem Westen vor, „welche Kosten an Unfreiheit, Inhumanität und Gewalt“ dessen liberales System verursacht habe, während er diese Kosten-Nutzen-Rechnung für den Osten unterlasse, stimmt das in mehrfacher Hinsicht nicht. Canfora hat keineswegs die „Kosten“ (lies: Schattenseiten) einer sonst begrüßenswerten bürgerlichen Gesellschaft in den Vordergrund gestellt, sondern lehnt diese vielmehr generell ab, weil er sie für undemokratisch hält. Auf den „Nutzen“ bzw. die sozialen Errungenschaften des Realsozialismus geht Canfora wiederum nicht näher ein als auf dessen „Kosten“. Er hat es vorgezogen, das Zustandekommen von Repression und Unterdrückung historisch zu erklären, anstatt es detailliert zu beschreiben. Zur Strafe attestiert Felken nun eine „ideologische Schlagseite des Buches“, welches nur aus Teilen eines „kommunistischen Klischeebaukastens“ zusammengesetzt sei.⁶

Der zweite Grund ist ein formaler: Canfora hat nämlich nicht einfach nur die fundamentalen Gewißheiten eines rechtsbürgerlichen Geschichtsbildes attackiert, sondern ein in jeder Hinsicht unorthodoxes Buch geschrieben, das auch Linken zahlreiche Anlässe zum Widerspruch bietet (und, nebenher, in der DDR wahrscheinlich nie hätte erscheinen können). Außerdem pflegt Canfora einen frischen Schreibstil, versieht vieles mit wertenden Attributen, polemischen Spitzen oder gar beißenden Kommentaren – eine Eigenart, die das Buch sehr lebendig macht, die deutschen Philister jedoch heillos überfordert. Aus der breiten Front der Gegner Canforas ragte nur die FAZ heraus, deren Autor Dirk Schümer schon im November Wehlers Befund, wissenschaftliche Standards würden unterschritten, widersprach und meinte, das Buch sei ungeachtet aller Dissense durchaus „mit Gewinn zu lesen“.⁷ In der „Welt“ fand man dagegen, stellvertretend für den Rest der „Kritiker“, hierzulande hätte der Autor nicht mal einen Proseminar-Schein erwerben können.⁸

Die meisten großen Zeitungen haben sich also auf diese elegante Art aus der Diskussion verabschiedet, während der PapyRossa Verlag das Buch im Frühjahr veröffentlichte. Nach dem Ende der Schlammschlacht bietet sich somit die Gelegenheit, Canforas Thesen in Ruhe zu debattieren.

Das Buch beinhaltet keinen einführenden Abriss zur Geschichte, sondern eine Analyse zur Aufdeckung jener Ursachen, durch welche Demokratie immer wieder verhindert wurde. Trotzdem breitet der Autor im Zuge seiner Darlegungen ein unglaublich reichhaltiges historisches Material aus, wodurch er

5 Siehe ebenda

6 Detlef Felken: Inszenierter Skandal, in: Konkret, 2006, H. 8, S.26f.

7 Dirk Schümer: Wer druckt hier jetzt dieses Buch?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.11.2005.

8 Sven F. Kellerhoff: Nach sowjetischem Vorbild, in: Die Welt, 12.5.2006.

seinen aufmerksamen und kritischen Lesern einiges abverlangt. Zugleich unterlaufen dem Autor, was angesichts der behandelten Zeitspanne von über 2000 Jahren kaum verwundert, verschiedene Schnitzer im Detail, auf die in einigen Fällen einzugehen sein wird.

Was ist überhaupt Demokratie? Canfora beruft sich auf Aristoteles, der hierunter keineswegs die Herrschaft der Mehrheit verstanden und „zwischen dem Mehrheitsprinzip und der Demokratie keinen substanziellen Zusammenhang“ gesehen habe. Was die Demokratie und die Oligarchie unterscheide, sei die Verteilung von Armut und Reichtum, ob dabei viele oder wenige regieren, eher eine Frage des Zufalls. (S.47) Später präzisiert Canfora: Demokratie „ist die (zeitweilige) *Vorherrschaft der besitzlosen Klassen in einem unablässigen Kampf um Gleichheit* – ein Begriff, der sich seinerseits historisch erweitert und stets neue und hart umkämpfte ‚Rechte‘ beinhaltet.“ (S.325, Hervorhebung im Original) Weil die Demokratie also „keine Regierungsform, kein *Verfassungstyp* ist, kann sie in den unterschiedlichsten politisch-konstitutionellen *Formen* herrschen...“ (S.356, Hervorhebung im Original)

Das ist eine starke These! Canfora stiftet mit ihr jedoch auch einige Verwirrung, denn für das, was er ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückt, nämlich die Herrschaft einer Mehrheit auf dem Gebiet der Ökonomie bzw. im sozialen Gefüge einer Gesellschaft, stand seit dem 19. Jahrhundert der Begriff „Sozial-Demokratie“ und später, seit dem frühen 20. Jahrhundert, der Kommunismus. Nimmt man Canfora beim Wort, müßte sich die soziale Gleichheit (also der Kommunismus bzw. die Demokratie im Canforaschen Sinne) womöglich in einem politischen System realisieren lassen, das durch die Herrschaft einer Minderheit (Oligarchie) gekennzeichnet ist. Dies ist zu bezweifeln; zumindest aber bleibt Canfora einen Beweis schuldig.

Einer der wenigen welthistorischen Versuche, jene Gleichheit herzustellen, also die Herrschaft einer sozialen Klasse über andere zu überwinden, begann 1917 in Rußland und ist am Ende kläglich gescheitert. Nun wurde – z. B. von Felken – moniert, bei Canfora werde der Leser seitenlang „mit Strategiedebatten und internen Konflikten der kommunistischen Bewegung traktiert“. ⁹ Georg Fülberth schreibt hierzu: Das russische Experiment scheiterte „an der überlegenen Feindschaft der bürgerlichen Welt in ihrer liberalen und faschistischen Form sowie an Stalin. Dieser interessiert Canfora besonders, denn hier gilt es ja zu prüfen, ob ein immanenter Defekt vorlag. So kommt es zu der von Felken beklagten Tatsache, daß Stalin im Register am meisten erwähnt wird.“¹⁰

Dieser „immanente Defekt“ ist in seiner Bedeutung hoch einzuschätzen, würde seine Offenlegung doch die theoretische Verarbeitung dessen beinhalten, was man gemeinhin als „Stalinismus“ bezeichnet. Ohne diese Leistung ist heute und zukünftig kein kommunistisches Programm denkbar, denn es wird nicht siegen,

9 Zitiert in: Gerhard Hanloser: Lob auf Stalin? Gespräch mit Georg Fülberth, in: *junge welt*, 6.10.2006.

10 Georg Fülberth: Dreimal daneben, in: *Konkret*, 2006, H. 8, S.29.

wer aus früheren Niederlagen keine grundsätzlichen Lehren ziehen kann.

Canfora legt den immanenten Defekt jedoch nicht offen. Was er verhandelt, sind die jeweils möglichen Optionen und dann gewählten Strategien, die Sowjetrußland besaß, sich den Bedrohungen seitens der imperialistischen Staaten zu erwehren. Im Mittelpunkt stehen dabei zwei Optionen: die der Weltrevolution, die Trotzki verfolgte, sowie die Stalinsche, der sich dafür entschied, den „Sozialismus in einem Land“ aufzubauen, d. h. unter großen Opfern einen modernen Industriestaat aus dem Boden zu stampfen, der in einer feindlichen Welt überlebensfähig ist.

Trotzki, schlußfolgert nun Canfora angesichts der damaligen Weltlage, war ein Abenteurer, Stalin ein „Realist“. Dieses Urteil greift aber, so schlüssig es erscheint, in mehrerer Hinsicht zu kurz. Canforas These vom Realismus Stalins blendet die ersten Jahre des Sowjetsystems und die darin vonstatten gegangenen Umbrüche komplett aus. Ferner unterstellt sie dem Terror unter Stalin umfänglich Rationalität, weil sie impliziert, daß der Aufbau des „Sozialismus in einem Land“ *notwendig* zu den bekannten Repressalien habe führen müssen, und schließlich verkennt sie den berühmten „subjektiven Faktor“, namentlich die Paranoia des Generalissimus, der sich immer wieder von Feinden und Verschwörern umgeben wähnte. Unterm Strich erweist sich Canforas Resümee damit als zu wenig ausgewogen, weil er – auch unter Maßgabe des von der sowjetischen Führung eingeschlagenen Weges – nicht deren jeweilige Handlungsspielräume auslotet und vor allem die außerhalb der imperialistischen Bedrohung liegenden Ursachen für die desaströse Entwicklung des Sozialismus, eben seine *immanenten* Defekte ignoriert.

Recht fragwürdig ist zudem auch ein anderes Resümee des Autors, das er nicht nur mit Blick auf die Oktoberrevolution zieht, sondern auch hinsichtlich der Französischen Revolution, die ihn genauso interessiert: Weltpolitische Erschütterungen, die zunächst einen universalistischen Charakter zu besitzen scheinen und an deren Anfang eine universalistische Zielsetzung steht, würden letztlich „in einen Prozeß der Umformung oder Weiterentwicklung der vorgefundenen nationalen Realität einmünden“. Hier sei sogar eine „historische Gesetzmäßigkeit“ auszumachen. „Ideologien werden im Verlauf von Revolutionen in der Realität zur *Zutat* eines Phänomens, das zu Beginn nicht vorgesehen war und am Ende entscheidend ist: Dem Erstarken im Innern, der neuen weltpolitischen Rolle, dem Führungsanspruch oder der tatsächlichen Wiedergeburt einer Nation.“ (S.346f., Hervorhebung im Original) Canfora stützt sich hier auf zwei historische Beispiele. Einen wirklichen Beleg für seine These, also für die Notwendigkeit oder Unausweichlichkeit einer solchen Entwicklung, bleibt er jedoch schuldig.

Zurück zur UdSSR. Historiker müssen sich damit bescheiden, den Verlauf geschichtlicher Ereignisse, ihre Ursachen, Ergebnisse und inneren Zusammenhänge zu analysieren. Es obliegt ihnen nicht, darüber zu spekulieren, wie die Geschichte womöglich anders hätte verlaufen können; sie haben sich also stets an das wirklich Vorgefallene zu halten. Aus diesem Grund fällt es schwer,

Alternativen, die sich im Verlauf der Geschichte deren Akteuren stellten, gegeneinander abzuwägen. Nur jeweils eine wurde realisiert, ob eine andere besser gewesen wäre, weiß man kaum. Folglich läßt sich ebenso schwer ermitteln, inwieweit Stalins tatsächlicher oder vermeintlicher Realismus alternativlos war; trotzdem lohnt es aber, bei diesem noch ein wenig zu verweilen und sich mit Canfora in einige historische Details zu vertiefen.

Der Vergleich zwischen den Positionen Stalins und Trotzki z. B. greift insofern zu kurz, als sich Canfora hier ausschließlich auf die Jahre 1939/40 konzentriert. In den späten Jahren der Weimarer Republik schätzte Trotzki die Situation und die Aufgaben der deutschen Kommunisten realistischer ein als sein Kontrahent. In der Komintern besaß zu dieser Zeit immer noch die „Sozialfaschismusthese“ Gültigkeit. Sieht man einmal von den kurzzeitigen Moskauer Kurswechseln in den frühen 30er Jahren ab, wurde die KPD, wie Canfora schreibt, bis 1933 auf „eine frontale Opposition zur Sozialdemokratie“ eingeschworen. (S.232) Trotzki war da bereits einen Schritt weiter. In seiner Schrift „Die Wendung der Komintern und die Lage in Deutschland“ vom September 1930 fragte er: „Soll die Taktik der kommunistischen Partei in der nächsten Periode unter dem Zeichen der *Verteidigung* oder des *Angriffs* geführt werden? Wir antworten: der *Verteidigung*. (...) Die Position der Verteidigung bedeutet die Politik der Annäherung an die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse und die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitermassen gegen die faschistische Gefahr. (...) Die Kommunistische Partei muss zur Verteidigung jener materiellen und geistigen Positionen aufrufen, die das Proletariat in Deutschland bereits errungen hat. Es geht unmittelbar um das Schicksal seiner politischen Organisationen, seiner Gewerkschaften, seiner Zeitungen und Druckereien, seiner Heime und Bibliotheken usw.“¹¹ Es ist richtig, daß Trotzki auch damals die proletarische Revolution als einzig probates Mittel im Kampf gegen den Faschismus ansah. Stalin hielt aber, wie Canfora schreibt, in jenen Jahren eine Revolution ebenso noch für möglich, was freilich auf einer „kolossalen Fehleinschätzung“ der politischen Lage beruhte. (S.232)

Ob es einem Trotzki eher gelungen wäre, rechtzeitig auf die Einigung der deutschen Arbeiterklasse hinzuwirken und somit eine erfolgreiche Abwehrfront gegen Hitler zu organisieren, läßt sich aus genannten Gründen nicht verifizieren. Zwar war er zeitlebens ein Gegner der Volksfront, doch wahrscheinlich ist, daß sich zumindest ein Kursschwenk hin zur Einheitsfront unter seiner Ägide schneller und leichter hätte bewerkstelligen lassen. Aber die Geschichte verlief bekanntlich anders, und Trotzki brach 1933 mit der Komintern, die er für „bankrott“ und „tot“ erklärte, um seine IV. Internationale aufzubauen. Hier also wechseln Trotzki und Stalin die Rollen; ersterer geht auf völlig abenteuerliche Positionen über, letzterer auf realistische.

Das Thema Volksfront ist aber damit nicht erledigt. Der weltpolitische

11 Leo Trotzki: Die Wendung der Komintern und die Lage in Deutschland, in: Ders.: Porträt des Nationalsozialismus, Arbeiterpresse Verlag Essen 1999, S.33.

Höhepunkt dieser Periode war der Spanische Bürgerkrieg. Canfora nennt ihn ganz treffend „die ‚Generalprobe‘ für die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs“. Auch hier standen sich zwei Strömungen gegenüber: Anarchisten, linke Sozialisten und die mehr oder minder trotzkistische Partei POUM wollten den Kampf gegen Franco mit der Revolution verbinden, die Kommunisten sich unter Einbeziehung auch des gemäßigten Bürgertums auf die Verteidigung der Republik beschränken. Ein starkes Argument stand auf ihrer Seite: Die Republik mit ihrer regulär gewählten Regierung mußte, da sie von Putschisten bedroht wurde, die Unterstützung zumindest der liberalen Demokratien finden; ein rotes Spanien besaß hierauf keine Aussicht. Doch wie man weiß, ging diese Strategie nicht auf, weil Großbritannien und sogar das von einer Volksfrontregierung unter Leon Blum geführte Frankreich eine Politik der Nichteinmischung betrieben, während Franco die Hilfe Hitlers und Mussolinis erhielt. Man fragt sich, weshalb Canfora – quasi als Beweis – das Argument ins Feld führt, „daß die UdSSR der einzige europäische Staat war, der fest zur spanischen Republik stand“. Die Sowjetunion sowie die Interbrigaden waren, anders als die liberalen Staaten des Westens, doch wohl genau jene Kräfte, derentwegen man eine revolutionäre Entwicklung nicht hätte erdrosseln müssen. Angesichts des Ausgangs der spanischen Tragödie verwundert es also, daß Canfora unter Bezugnahme auf einen Bericht Togliattis zu dem Schluß gelangt, die Volksfrontpolitik sei dort „voll bestätigt“ worden. (S.235-238)

Überhaupt stehen Canforas Darlegungen hier auf schwachen Füßen: Jenseits der Wahrnehmungen zeitgenössischer Beobachter gebe es nämlich noch eine „geheime Geschichte“, die nach einem Worte des Historikers Ronald Syme die einzig „wahre“ sei. In diesem Fall liefe sie auf die Quintessenz hinaus, daß Franco, wie spätere Dokumentenfunde ergeben hätten, anarchistische und trotzkistische Gruppen mit Agenten infiltriert habe, „um die Spannungen zwischen ihnen und den ‚Stalinisten‘ bis zum Äußersten zu verschärfen“. Das mag stimmen, klingt aber trotzdem sehr nach Verschwörungstheorie und erweist sich spätestens dann als unhaltbar, wenn Canfora betont, die Linie der Komintern sei von ihren linken Gegnern bekämpft worden. Die Frage lautet also: „Wer wen?“ Mit Hilfe eines Rekurses nicht auf die „geheime“, sondern die schon damals „sichtbare“, folglich von den Zeitzeugen beschriebene Geschichte läßt sie sich beantworten.

Daß die Volksfrontstrategie falsch gewesen ist, sei mit alledem nicht gesagt. Es fanden sich aber in den verschiedenen europäischen Ländern recht unterschiedliche Bedingungen vor, weshalb in der historischen Rückschau geprüft werden müßte, wo ihre Anwendung angebracht oder unangebracht gewesen ist. Auch hier steht also noch eine entsprechende wissenschaftliche Untersuchung aus, die sich nicht darin erschöpft, ihren Gegenstand in toto zu bejubeln oder zu verteufeln.

1939 wurde der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt unterzeichnet. Canfora sagt, daß es sich dabei nicht um einen „taktischen Schachzug“, sondern um eine „strategische Entscheidung“ gehandelt habe. Die liberalen Staaten des Westens

wurden nun als Hauptfeind wahrgenommen. Praktisch wirkte sich dieser schwerwiegende Fehler dahingehend aus, daß Stalin den Zusagen seiner deutschen Bündnispartner wirklich traute und die Sowjetunion, nachdem man alle Warnungen vor einem bevorstehenden Angriff der Hitlerwehrmacht ignoriert hatte, auf eine effektive Verteidigung gar nicht vorbereitet war. Eine zweite verheerende Auswirkung, liest man bei Canfora, betraf die Suche nach nichtkommunistischen Bündnispartnern im Kampf gegen den Faschismus. „Daß die Engländer und Franzosen Hitler gleich zweimal – in Spanien [durch das Appeasement] ebenso wie in der Tschechoslowakei [durch das Münchner Abkommen] – in jeder Hinsicht sekundierte hatten, wurde für die inzwischen versprengten Kräfte, die der Hauptadressat der ‚Volksfrontpolitik‘ waren, zweitrangig. Das Unerhörte stellte in ihren Augen die deutsch-sowjetische Übereinkunft dar. (...) Man verzieh es der UdSSR nicht, daß sie sich wie ein Staat unter Staaten verhalten hatte.“ (S.238)

Beides zusammen genommen, die völlig mangelhafte Vorbereitung auf den Krieg mit Deutschland sowie die zweifellos nicht beabsichtigte, aber praktisch bewirkte Demobilisierung breiter antifaschistischer Bündnisse (eingedenk der Verwirrung, die der Pakt unter den Kommunisten selbst auslöste), läßt am Ende bezweifeln, daß der Stratege Stalin hier als „Realist“ handelte. Im Grunde widerspricht sich Canfora in diesem Punkt selbst.

All dies sind jedoch nur punktuelle Einwände gegen eine „große Erzählung“, die im Ganzen stimmig ist und dem historischen Verlauf durchaus entspricht. Besonders hervorzuheben ist Canforas Einordnung des Stalinismus sowie des Zweiten Weltkriegs in den weiteren Kontext eines „Europäischen Bürgerkrieges“ im 20. Jahrhundert. Zumindest deutsche Leser denken bei dieser Formulierung schnell an Ernst Nolte. Canfora verweist allerdings darauf, daß der Begriff bereits zwanzig Jahre früher von Isaac Deutscher geprägt worden ist. Zudem führt er die These Noltes, der Faschismus sei nur eine Reaktion auf den Bolschewismus und der „Rassenmord“ der Nazis nur eine Folge des „Klassenmordes“ der Roten gewesen, in aller gebotenen Kürze ad absurdum.

Canfora unterstreicht, daß der „Europäische Bürgerkrieg“ keineswegs erst 1917 mit der Oktoberrevolution, sondern 1914 mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs begann. Geführt wurde er von den „Klassen, die die Opfer jenes unmenschlichen imperialistischen Krieges waren, der auf die Eroberung der Weltmärkte abzielte“. Die russische und deutsche Revolution von 1917 bzw. 1918 waren also bereits eine Folge „des blutigen Gemetzels, das die imperialistischen Bourgeoisien gewollt hatten“. (S.224) Canfora läßt es sich außerdem nicht nehmen, auch an die große Ouvertüre zur europäischen Tragödie zu erinnern: an die Niederschlagung der Pariser Kommune im Jahre 1871. Zirka 20.000 Kommunarden wurden im Laufe jener „Blutwoche“ ermordet, und Canfora kommentiert: „Ein schönes Beispiel für einen Klassenmord mitten im ‚zivilisierten‘ Europa, ja in dessen unangefochtener Hauptstadt. (...) Bei der Suche nach den Ursachen des langen ‚Bürgerkriegs‘, der das gesamte 20. Jahrhundert durchzog, bei der Frage also, wer ihn begonnen hat,

muß die blutige Niederschlagung der Pariser Commune als wichtiger Präzedenzfall in Rechnung gestellt werden.“ (S.175)

Wichtiger noch als der Verweis auf sein Vorspiel ist der auf die Akteure des „Europäischen Bürgerkrieges“. Dies seien, betont Canfora, nicht nur zwei (Kommunismus und Faschismus), sondern drei gewesen. Als dritter Akteur fungierten die liberalen Demokratien, die schließlich auch als Sieger des großen Krieges hervorgingen – und zwar lange nach dem Ende seiner heißen Phase, nämlich 1989/90. „Wie sich auch immer die Verantwortung für den ‚Erstschlag‘ im Jahr 1914 auf die Entente und die Mittelmächte verteilt – da es sich ausnahmslos um parlamentarische Regime handelte (...), kann man getrost behaupten, es war dieser ‚dritte Akteur‘, der das Inferno des 20. Jahrhunderts auslöste.“ Und mehr noch: „Dieser ‚dritte Akteur‘ versuchte, die Revolution gleich nach ihrem Ausbruch zu erdrosseln. Gegen Rußland wurde alles versucht. Ohne Erfolg.“ Nachdem aber diese Strategie „des ‚Erwürgens in der Wiege‘ gescheitert war, stand man vor der schwierigen Aufgabe, sich des russischen Beispiels aus der Distanz heraus zu erwehren – auf heimischem Boden, hinter den eigenen Linien.“ So kam es, daß sich westliche Demokratien auf wundersame Weise in faschistische Staaten verwandelten. „Es gilt als unfein zu sagen, daß nach dem ersten Weltkrieg die ‚liberalen Demokratien‘ dem Faschismus ‚die Hand reichten‘, um den Linken den Weg zu versperren. Man kann es auch eleganter und sicherlich genauer formulieren. Die Klassen, welche die bis dahin regierenden Parteien (Liberale, Radikale etc.) unterstützt hatten, entzogen diesen allmählich das Vertrauen. Sie verloren den Glauben an die ‚parlamentarische Demokratie‘ und optierten für den Faschismus.“ (S. 225-227)

Auf welch brutale Art einfach und durchsichtig die Geschichte doch mitunter ist! Canfora findet klare Worte zu einer durch tausenderlei Quellen und Beweise belegten Entwicklung, doch Worte zugleich, die auszusprechen heute einer Blasphemie per excellence gleichkommen und im deutschen Feuilleton schlecht gelitten sind.

Verweilen wir bei der parlamentarischen Demokratie und kehren zugleich nochmals zum Ausgangspunkt der Studie zurück: Canfora versteht unter Demokratie wesentlich ein System weitgehender sozialer Gleichheit, verwendet aber den Begriff über weite Strecken auch in einem recht gebräuchlichen Sinne, nämlich als Bezeichnung für eine Staatsform bzw. für ein System, in dem das Staatsvolk der Souverän ist. Somit stiftet er also erneut Verwirrung.

Gleich mehrere Kapitel widmet Canfora der Entwicklung des allgemeinen Wahlrechts, das hier als Synonym demokratischer Entwicklung gesehen wird. Im Vordergrund stehen dabei die Bemühungen, das Zensuswahlrecht abzuschaffen, welches die ärmeren Klassen vom Urnengang ausschloß, sowie das Mehrheitswahlrecht durch das gerechtere (weil die Mehrheitsverhältnisse adäquater widerspiegelnde) Verhältniswahlrecht zu ersetzen. (Interessant ist, daß sich Canfora auf das Wahlrecht allein beschränkt und nicht auch die sonstigen, gerade von ihren Befürwortern hervorgehobenen Merkmale der parlamentarischen Demokratie einer kritischen Betrachtung würdigt: das System

der Gewaltenteilung sowie die Gewährung politischer Rechte wie z. B. Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit.) Wichtige Ausgangspunkte sind für Canfora einige Ausführungen von Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest“ sowie die Bestrebungen der damals noch jungen Arbeiterbewegung hinsichtlich der Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts: die „Eroberung der Demokratie“ wurde als Bedingung für die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat angesehen.

Diese Strategie erlitt, wenn man so sagen darf, erst einen herben Dämpfer und später einen völligen Schiffbruch. Für den „Dämpfer“ waren der Verlauf der Pariser Kommune sowie Marxens eigene Auswertung dieses Ereignisses verantwortlich. Canfora bezieht sich hier auf dessen Schrift „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ sowie die (es sei vorweggenommen: äußerst fragwürdige) Interpretation dieser Schrift in Arthur Rosenbergs Werk „Geschichte des Bolschewismus“. In letzterer heißt es, Marx habe die Sache der Kommune zu seiner eigenen gemacht und sie somit „für sich annektiert“, obwohl sie doch weder politisch noch theoretisch sein Werk gewesen sei.¹² Das stimmt natürlich nur, insofern Marx nicht als geheimer Dirigent fungierte, der im Londoner Hintergrund alle Fäden in der Hand hielt. Stellt man die Pariser Erhebung in den Kontext der vorangegangenen Jahre, d. h. des Wirkens der I. Internationale, blamiert sich dieser Befund eher vor der Wirklichkeit.

Nun wieder Rosenberg: „Marx vollbrachte hier eine folgeschwere Tat. Nur so verschaffte er dem Marxismus eine wirklich revolutionäre Tradition. Erst seitdem ist der Marxismus die Sache aller kämpfenden Arbeiter der Welt geworden. Für diesen großen Erfolg mußte Marx es in Kauf nehmen, daß er die politische Form der Kommune, also die sofortige Auflösung des zentralistischen staatlichen Gewaltapparates, als das klassische Vorbild der Arbeiterrevolution hinstellte.“¹³ Diese Aussagen beinhalten drei Behauptungen: 1.) Marx habe seine theoretischen Schlußfolgerungen – beinahe widerwillig („in Kauf nehmend“) – nach Maßgabe taktischer Erwägungen gezogen. 2.) Wirklich revolutionär wird eine Theorie oder Strömung nicht durch die Art und Weise, in der sie die Gesellschaft reorganisieren will, sondern eher durch die anvisierte politische Form, unter der das vonstatten gehen soll. 3.) Alle „kämpfenden Arbeiter der Welt“ wählen eine politische Orientierung erst nach gründlichem Studium ihrer jeweiligen theoretischen Grundlegungen. – Was Canfora an diesem Nonsens findet, bleibt doch schleierhaft.

Kehren wir von diesem Seitenpfad zurück zur Hauptlinie der geschichtlichen Entwicklung. Der „Schiffbruch“ wurde erlitten, nachdem sich um die Jahrhundertwende herum in West- und Mitteleuropa (nicht in Rußland) der parlamentarische Kampf als wesentlichstes Kampfinstrument der Arbeiterklasse durchgesetzt hatte. Dieser Orientierungswechsel resultierte in starkem Maße aus

12 Arthur Rosenberg: Geschichte des Bolschewismus. Zitiert in: Luciano Canfora: Eine kurze Geschichte der Demokratie, S. 152

13 Ebenda.

der Verschiebung des Schwergewichts der europäischen Arbeiterbewegung von Frankreich nach Deutschland, den dort ständig größeren Wahlerfolgen der Sozialdemokratie sowie in erster Linie freilich einem Epochenwandel. Engels, der die neue Strategie aufs Energischste durchzusetzen half, habe sowohl dem Einbruch der „Moderne“ als auch den vielen verlorenen Straßenkämpfen und Aufständen Rechnung tragen müssen. Natürlich wußte er genau, so Canfora, „daß *alle* Aufstände der vergangenen fünfzig Jahre entweder aus dem Ruder gelaufen waren oder niedergeschlagen wurden. Nur ein verantwortungsloser Betrachter zieht keine Bilanz.“ (S.155) Diese habe nun keineswegs in einer ausschließlichen, aber einer hauptsächlichen Orientierung auf den Wahlkampf bestanden.

Erfolge hat der parlamentarische Kampf allerdings nicht gezeitigt. Hierfür nennt Canfora zwei Gründe, von denen einer im „Mechanismus der unaufhaltsamen und fortschreitenden Integration“ in das kapitalistische System bestehe. Schon die Zeitgenossen mußten resignierend erkennen, daß die Bourgeoisie die mittels allgemeinen Wahlrechts verwirklichte Demokratie, also die nominelle Volksherrschaft, in ein Mittel ihrer Klassenherrschaft umzuwandeln vermocht hatte. Eine Bestätigung dessen habe dann, so Canfora, der Sommer 1914 erbracht, in dem die II. Internationale zerfiel und die sozialistischen Parteien (mit Ausnahme zahlenmäßig schwacher Minderheiten) in den nationalistischen Tausel verfielen.

Den zweiten, vielleicht noch wesentlicheren Grund exemplifiziert er anhand der Machtübernahme der Faschisten in Italien und Deutschland: Weder Mussolini noch Hitler gelangten durch Wahlerfolge in ihre Regierungsfunktionen. Hitler hatte bei den Reichstagswahlen im November 1932 sogar Verluste hinnehmen müssen, wurde dann aber zwei Monate später infolge politischen Drucks auf Reichspräsident Hindenburg von diesem inthronisiert. Zudem war der kometenhafte Aufstieg der Nazis der großzügigen Unterstützung durch die Bourgeoisie zu verdanken. Noch eine Spur drastischer verhält es sich bei Mussolini, der, wie Canfora schreibt, durch einen „stillen Staatsstreich“ des Königs Vittorio Emanuele III. an die Macht gelangte. Nach der „hochtrabend ‚Marsch auf Rom‘ genannten Demonstration Mussolinis“ wollte die Regierung den Ausnahmezustand erklären, doch der König lehnte ab und beauftragte stattdessen den Faschistenführer mit der Regierungsbildung. Erst nachträglich konnten Hitler und Mussolini ihre Machtübernahmen durch Wahlen scheinlegitimieren.

Hinsichtlich des Systems der parlamentarischen Demokratie gelangt Canfora nun zu dem Schluß, daß „die Bilanz für beide Fälle, Deutschland wie Italien, ähnlich eindeutig“ ausfalle: „Vor allem dank des ‚Verhältnisswahlrechts‘ erzielten die Sozialisten Ergebnisse, die ihren imposanten Einfluß in der Gesellschaft ausdrückten, aber sie gewannen selbst unter den günstigsten Umständen nicht die Mehrheit, weil ihnen die Unterstützung durch die Staatsmacht (und erst recht durch die wirtschaftlich Mächtigen) fehlte. Die faschistischen Gruppen dagegen waren, auch wenn sie die Minderheit bildeten, dank deren Unterstützung in der

Lage, Wahlen zu steuern und zu gewinnen.“ (S. 209-212)

Offenkundig hat man es im Ganzen mit einem sich ständig selbst reproduzierenden oder selbst erhaltenden System zu tun, denn sobald es einer sozialistischen Partei doch gelingt, durch Wahlen an die Macht zu kommen, wirkt wiederum der Mechanismus der Integration, der, wie Canfora ebenso betont, nicht nur das Gesamtsystem, sondern auch die linken Parteien erfaßt.

Vor diesem Hintergrund verblüfft es den Leser beinahe, welche fortschrittlichen Potentiale Canfora den Entwicklungen der Nachkriegszeit zuschreibt. Der Aufbau „antifaschistischer Demokratien“ in den westlichen Ländern (Canfora lenkt den Blick auf Italien, Frankreich und am Rande auf die BRD) mag in der Tat als vielversprechendes Experiment erscheinen, wenn man ihn aus der damaligen Zeit heraus betrachtet: Die umfassende Sehnsucht nach dauerhaftem Frieden, die Aversion gegen liberale Systeme jener Prägung, die den Aufstieg des Faschismus ermöglicht hatten, sowie das zwischenzeitlich recht hohe Ansehen der Kommunisten, das aus ihrer starken Beteiligung an den europäischen Widerstandsbewegungen und dem großen Anteil der UdSSR am Sieg über Nazideutschland resultierte, bewirkten mehrheitlich eine vom Geist des Fortschritts geprägte Stimmung des Neubeginns. Aus der historischen Perspektive jedoch muß die Hoffnung, ein irgendwo zwischen liberaler Demokratie und Sozialismus angesiedeltes Gesellschaftssystem errichten zu können, als pure Illusion erscheinen. Canfora vertritt diesen Standpunkt nicht oder läßt ihn nicht erkennen.

Mittlerweile seien die „fortschrittlichen“ bzw. „antifaschistischen“ Demokratien allmählich ausgehöhlt und in ein „gemischtes System“ überführt worden, welches zwei grundlegende Merkmale besitze: Das erste bestehe in der „weichen“ Abschaffung des Wahlrechts auf dem Wege des schrittweisen Übergangs vom Verhältnis- zum Mehrheitswahlrecht; das zweite in der Entstehung supranationaler Organisationen, die grundlegende Entscheidungen insbesondere auf dem Gebiet der Wirtschaft treffen und somit die Souveränität der nationalen Parlamente beschneiden. Den gewählten Körperschaften würde die Kontrolle immer mehr entzogen, wodurch deren Handeln eher vom „Plebiszit des Marktes“ als von dem der Wähler abhinge.

Das „gemischte System“ bedeute folglich „ein bißchen Demokratie und viel Oligarchie. Hier verbindet sich das *Prinzip* des Wahlrechts (ein demokratisches Erfordernis) mit der *Realität* einer geschützten Vormachtstellung der Mittel- und Oberschichten. (...) Die politische Repräsentation der sozial unruhigen Minderheiten wird als Faktor der Instabilität betrachtet, weshalb es gegen einen solchen ‚Systemfehler‘ Vorkehrungen zu treffen gilt, inzwischen sogar ohne Angst vor propagandistischen Gegenschlägen (die drohten, als es noch starke Kräfte einer gesellschaftlichen Opposition gab).“ (S.308)

Canforas Bestandsaufnahme ist ebenso schlüssig wie überzeugend. Dennoch wird nicht so leicht erkennbar, worin die besondere Gefahr dieses „gemischten Systems“ bestehen soll, da weder die Beschränkungen demokratischer Rechte noch der Tatbestand, daß wesentliche Entscheidungen außerhalb der Parlamente

gefällt werden, ein historisches Novum darstellen. Man könnte das Augenmerk sogar darauf richten, daß die herrschenden Klassen in ihrem Bemühen, gewissen „Systemfehlern“ vorzubeugen, gleichzeitig neue Fehler in ihr System implementieren. Vielleicht müsse man, schreibt Canfora, „die Geschichte der europäischen Wahlsysteme rückblickend als sukzessive Aufhebung des allgemeinen Wahlrechts verstehen. Man muß sich fragen, warum dies geschah, nachdem sich doch schon erwiesen hatte, daß diese ‚Wahlmethode‘ keineswegs ‚gefährlich‘ war und daß ausgerechnet ihre Befürworter praktisch nie Nutzen daraus ziehen konnten. Das Problem, das mit dem aseptischen Begriff der ‚Regierbarkeit‘ bemäntelt wird, besteht darin, die radikalen Minderheiten in den ‚Überflußgesellschaften‘ daran zu hindern, in diesem System mitzureden oder es zu stören.“ (S.315)

Ganz abgesehen davon, daß die „radikalen Minderheiten“ ohnehin stets mehr den außerparlamentarischen Weg wählten, um das System „zu stören“ – sowohl sie als auch die potenziell radikalisierbaren „Unterschichten“ könnten infolge ihrer politischen Desintegration erst recht eventuell noch vorhandener Illusionen über den Parlamentarismus beraubt werden.

Ein relativ untergeordneter Aspekt in Canforas Ausführungen zum „gemischten System“ dürfte dagegen von größerem Belang sein: die Beeinflussung der Menschen durch die Massenmedien, insbesondere das Fernsehen. Ganz zu Recht betont Canfora, daß es hierbei weniger um die direkte politische Einflußnahme auf das öffentliche Bewußtsein gehe, sondern um eine indirekte, scheinbar unpolitische, bei der die Warenwerbung im Mittelpunkt stehe und ein „Kult des Reichtums“ kreierte werde. „Der geniale und unwiderstehliche Aspekt dieser neuartigen Meinungsmache besteht darin, daß sie sich nie direkt politisch manifestiert. Sie hat aus dem Scheitern der quasi ‚konzeptionellen‘ Methode explizit propagandistischer ‚Gehirnwäsche‘ gelernt: Wie wir gesehen haben, hat die direkte Indoktrination Langeweile, Befremden und schließlich Ablehnung hervorgerufen.“ Der Kult des Reichtums aber habe eine „perfekt demagogische Gesellschaft geschaffen, worin vielleicht sein größter Erfolg besteht. Die einullende Manipulation der Massen ist die aktuelle Form der ‚demagogischen Rede‘.“ (S. 321-323)

Was Canfora beschreibt, ist gewiß nicht originell, spricht aber ein zentrales Problem des „Kampfes um die Köpfe“ an, um den keine emanzipatorische Bewegung der Gegenwart oder Zukunft herumkommt. Schon die 68er Bewegung hat ja die Manipulation der Bevölkerung durch die bürgerlichen Medien thematisiert und im Zuge dessen u. a. Aktivitäten gegen den Springer-Konzern entfaltet. Die Empörung der damaligen Aktivisten erscheint jedoch aus heutiger Sicht als beinahe rührend, hatten sie es doch eher noch mit der „guten alten Propaganda“ zu tun, einem unverbrämten, ja offen hysterischen Antikommunismus. Hinzu kommt, daß die (westdeutschen) 68er im Zeitalter des „rheinischen Kapitalismus“, also in einer Phase sozialstaatlicher Regulation agierten, in der das Moment der „Bestechung“ durch eine maßvolle Beteiligung am gesellschaftlichen Reichtum schwerer wog als jenes der Manipulation. Im

Zeitalter des transnationalen Monopolkapitalismus („Globalisierung“) mit seiner zunehmenden Pauperisierung der besitzlosen Klassen scheint sich dieses Verhältnis umzukehren.

Die Linke hat diesem Problem bislang nicht die gebührende Aufmerksamkeit gewidmet. Was aus dem Umstand folgt, daß sich der Kapitalismus heute selbst in den Metropolen als extreme „Mangelgesellschaft“ darstellt (weil der ganze „schöne“ Reichtum mitsamt den ihn präsentierenden Sexualobjekten in der Realität nicht zu haben ist), ist ebenso offen wie die Konsequenzen, die sich aus dem Faktum der Medienmacht für die Taktiken im politischen Kampf ergeben. Da sich sowohl das Fernsehen als auch andere, noch modernere Kommunikationsmedien in den letzten Jahrzehnten unglaublich rasant entwickelt haben, muß auch die Frage, wie man ihren verheerenden Auswirkungen entgegensteuern kann, völlig neu überdacht werden.

Die Befürworter der bürgerlichen Gesellschaft sprechen gern von „Freiheit und Demokratie“, bei Canfora werden diese Begriffe jedoch als etwas Gegensätzliches behandelt. Gleich zu Beginn seiner Studie gelangt er unter Verweis auf die griechische Antike zu dem Schluß, daß die Demokratie (als System sozialer Gleichheit) keine freiheitliche Gesellschaft sei.

Canfora setzt die Freiheit, der er im weiteren Verlauf der Untersuchung keine besondere Aufmerksamkeit mehr widmet, weitgehend mit dem Liberalismus gleich, d. h. er betrachtet sie wesentlich als Freiheit des Kapitals. Dies ist nicht unproblematisch, weil er somit die alte rechte Parole „Freiheit oder Sozialismus“ von links bestätigt. Die Linke hat sich aber nie die Forderung nach Unfreiheit, sondern vielmehr die nach Freiheit auf ihre Fahnen geschrieben – man denke nur an die berühmte Formulierung des Kommunistischen Manifests, wonach eine Gesellschaft anzustreben sei, in der „die freie Entwicklung eines jeden Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“.

Den Kapitalismus als eine freiheitliche Gesellschaft zu betrachten, ist falsch und im Grunde kaum mehr als ein Propagandatrick der herrschenden Klassen. Die Überwindung des Feudalismus, wissen wir von Marx und Engels, schuf den „doppelt freien Lohnarbeiter“, der zwar frei von allen alten Hörigkeitsverhältnissen, jedoch ebenso frei vom Besitz an Produktionsmitteln und deshalb auf den Verkauf seiner Ware Arbeitskraft angewiesen ist. Auf die Mitglieder der besitzenden Klassen trifft dies nicht zu, doch auch sie sind keine wirklich freien Menschen, sondern handeln als Marktsubjekte nach den Gesetzen dieses Marktes, die unabhängig von ihrem Willen wirken. Die Maßstäbe ihres Handelns liegen also außerhalb ihres eigenen Ermessens, ihres persönlichen Wollens. Mißachten sie das, straft sie der Untergang und der Abstieg zu Lohnabhängigen. Läßt man diesen zentralen Aspekt beiseite, um sich noch einmal auf die rein politische oder auch „bürgerliche“ Freiheit zu konzentrieren, gilt es folgendes festzustellen: Die Freiheit scheint ein Wert an sich zu sein, nach dem die Menschen streben. In Osteuropa hat ein Millionenheer es vorgezogen, ein unfreies System, das ihnen Ernährung, Wohnraum, medizinische Versorgung und Frieden garantierte, gegen ein freiheitliches einzutauschen, in dem ein Teil

nur die Freiheit zum Verrecken besitzt. Dieser Tatbestand ist weder mit dem jahrzehntelangen Propagandakrieg des Westens noch mit den Erscheinungen der realsozialistischen Mangelwirtschaft allein zu erklären, zumal die Bewohner der ehemals „zweiten Welt“, die jetzt der „dritten Welt“ angehören, ihre Brežnews keineswegs wieder haben wollen. Kurzum: Die aus Canforas Buch ableitbare Forderung nach „Demokratie statt Freiheit“ wäre also durch die Parole „Brot und Freiheit“ (bzw. eine modernisierte Variante) zu ersetzen.

Im Vorwort zu der Schrift „Das Auge des Zeus“, in der Luciano Canfora auf die Vorwürfe seiner deutschen Kritiker antwortet, schreibt Georg Fülberth: „Canforas Mitgliedschaft in einer kommunistischen Gruppe hat seine Gegner so hypnotisiert, daß sie die Grundargumentation seines Buches gar nicht erkannt haben: Sie ist nicht erkennbar marxistisch. Von politischer Ökonomie scheint der Autor nicht stark berührt, er ist wohl eher normativer Idealist als historischer Materialist. Politisch bedeutet das: Er ist ein Jakobiner.“¹⁴

Dieser Befund, in seiner Trefflichkeit nicht zu überbieten, erklärt die hysterischen Reaktionen im bürgerlichen Lager ebenso wie die zahlreichen Schwächen der Schrift. Schwerer als diese wiegen aber all die Gedanken und Thesen, die zum Nachdenken anregen. Canforas Buch ist daher ein ganz besonderes Prädikat zu verleihen: Es ist streitbar.

14 Georg Fülberth: Vorwort. Die Antwort des Jakobiners, in: Luciano Canfora: Das Auge des Zeus. Deutsche Geschichtsschreibung zwischen Dummheit und Demagogie. Antwort an meine Kritiker, Hamburg 2006, S.13.